

Lange Wellen wirtschaftlichen Aufschwungs und Gewerkschaften*

Dr. Otto Jacobi, geb. 1938 in Frankfurt am Main, studierte Volkswirtschaft und arbeitet seit 1970 am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Seine Arbeitsgebiete sind Gewerkschaftsforschung und der Vergleich von nationalen Systemen kollektiver Interessenvertretung.

Es ist ein Gemeinplatz geworden, daß die Industriegesellschaften westlichen Typs sich in einer Phase des Umbruchs befinden. Es vollzieht sich ein Übergang von einem früheren Modell der Entwicklung, Steuerung und Regulierung kapitalistischer Demokratien zu einem neuen, erst in Umrissen erkennbaren Gesellschaftsmodell. Diese historische Zäsur findet ihren Ausdruck in Begriffen wie „Ende der Keynesianischen Ära“, „Ende des sozialdemokratischen Modells von Konsens durch Beteiligung der Gewerkschaften“ beziehungsweise in Begriffen wie „neue sozial-kulturelle Innovationsstufe“ oder „neue technologische Wurfbahnen“.¹

Nachfolgend werden Argumente vorgetragen, die es plausibel erscheinen lassen,

- daß die Voraussetzungen für einen langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben sind;
- daß die Rolle des Staates weiter anwachsen wird;
- daß die Gewerkschaften nicht zu einer bloß passiv nachvollziehenden Anpassung verdammt sind, sondern ihnen klassische wie neue Aktionsfelder offenstehen, die auch zukünftig ihre Anwesenheit auf den politischen und ökonomischen Verhandlungsmärkten sichert.

Der kommende Aufschwung

Die Dynamik, mit der technologische Basisinnovationen entwickelt, angewandt und verbreitet werden, führt zu dem Paradoxon, daß die Zukunft näherückt, ihre Prognostizierbarkeit aber abnimmt. Da die vorhandenen Unwägbarkeiten es nicht erlauben, ein einheitliches Bild von der „wahrscheinlichsten

* Dieser Beitrag ist im Rahmen einer von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Untersuchung entstanden, die den Vergleich der sich wandelnden RoEe der Gewerkschaften in Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik Deutschland zum Gegenstand hat. 1 Vgl. Elmar Altvater, Kurt Hübner, Michael Stanger: *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus*, Opladen 1983; Landesregierung Baden-Württemberg: *Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen*, Stuttgart 1983.

Zukunft" zu entwerfen, bleiben als Ersatz alternative Szenarien, um plausible und prinzipiell gleich wahrscheinliche Welten von Zukunft zu umreißen. Hier sollen lediglich, gleichsam als ein Gegenszenario zu den vorherrschenden pessimistischen Erwartungen, einige Aspekte diskutiert werden, die für eine freundlichere Zukunft sprechen. Die Grundlage hierfür ist die Bewertung neuer Technikgenerationen als wachstumsträchtig, reichumsfördernd, umweltschonend und ressourcensparend. Damit verbindet sich die Erwartung, daß neue Produkte und Produktionsverfahren sowie erweiterte und weltweit vernetzte Märkte entstehen, die sich zu einem langfristigen Wirtschaftsaufschwung vereinigen.

Mit der Mikroelektronik, die ihren Kinderschuhen entwachsen ist, mit der Gentechnologie, die sich noch im embryonalen Stadium befindet, stehen zwei branchenübergreifende Basistechnologien zur Verfügung, die eine vielfältig differenzierte Anwendungsbreite versprechen. Mit ihrer Hilfe scheint es möglich zu werden, viele der gegenwärtig bestehenden Probleme zu lösen. Dies gilt beispielsweise für die Energieversorgung, die Umweltbelastung, die Bodenerosion; zugleich beinhalten sie hohe Produktivitätsgewinne in Produktion, Verwaltung und Dienstleistung. Die Wachstumserwartungen verbinden sich vor allem mit folgenden vier technologischen Schwerpunkten:

- „Organisations- und Kommunikationstechniken, von der Informations- und Nachrichtentechnik bis zu neuen Verkehrssystemen.
- Automationstechnik mit numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, Roboter- und Vielzweckautomaten, neuen Test- und Qualitätskontrollverfahren bis zur rechnergestützten Integration des gesamten Produktionsprozesses vom Auftragseingang an.
- Bearbeitungs- und Verfahrenstechniken mit dem Schwerpunkt Umweltschutz, rationelle Energienutzung, Rohstoffgewinnung und Wiederverwendungstechniken, die eine breite Palette von der Kohleveredlung über die Solartechnik bis zur Biotechnik umfassen.
- Neue Material- und Werkstofftechniken (Glasfaser, Glaskeramik, Metallegierungen, faserverstärkte Kunststoffe usw.)."²

Wie schon in früheren Phasen von Technikschieben ist es auch nunmehr nicht auszuschließen, daß sich daraus ein neuer Trend langfristigen Wirtschaftswachstums entwickelt: „Computerisierung und Telematisierung sowie eine material- und verfahrenstechnische Ökologisierung durch alle genannten neuen Technologien dürften für eine nächste lange Welle das sein, was schon die Massenmotorisierung, die Elektrifizierung, der Eisenbahnbau, die Dampfschiffahrt und die beginnende Mechanisierung für frühere gewesen sind: das tragende Skelett".³

² Vgl. Martin Järdcke: Langfristige Wachstumsperspektiven der westlichen Industrieländer, in: Martin Jänicke (Hg.), Vor uns die goldenen neunziger Jahre?, München/Zürich 1985.

³ Vgl. Joseph Huber: Modell und Theorie der langen Wellen, in: Martin Jänicke (Hg.), Vor uns die goldenen neunziger Jahre?, München/Zürich 1985.

Solche Einschätzungen schlagen sich in Prognosen und Erwartungen von Ökonomen nieder, die in politischer und wissenschaftlicher Hinsicht unterschiedlichen, mitunter sogar gegensätzlichen Richtungen zuzuordnen sind. Stellvertretend für die Vielzahl solcher Langzeitprognosen sei auf die der Weltbank verwiesen, derzufolge zwischen 1985 und 1995 das jährliche Wachstum in den Industrieländern 3,3 Prozent und in den Entwicklungsländern 5,1 Prozent betragen wird.⁴ Ein solches Wachstum würde in einem Zeitraum von zwanzig Jahren zu einer Verdoppelung des Bruttosozialproduktes in den westlichen Industrieländern führen. Für die beiden Wirtschaftswissenschaftler Werner Meißner und Karl Georg Zinn ist - so der Titel ihres Buches - „Der neue Wohlstand“ dann realisierbar, wenn Innovationsfähigkeit, qualitatives Wachstum und Arbeitszeitverkürzung miteinander in Einklang gebracht werden.⁵ Für notwendig und möglich halten sie einen nationalen Konsens und eine internationale Kooperation, wenn die gegebenen Chancen nicht verspielt werden sollen. Insbesondere für Mitteleuropa sehen sie die Möglichkeit eines „intelligenten Interventionismus“, der eine Kooperation zwischen Staat, Arbeitnehmern und Unternehmen einschließt und der einen europäischen Mittelweg zwischen japanischem Industriefeudalismus und amerikanischem Marktkonservatismus zuläßt. Anderen Autoren zufolge ist gegen Ende dieses Jahrhunderts mit „goldenen Jahren“, mit einer „neuen Phase anhaltenden Wachstums“, mit einem „nochmaligen deutlichen Aufschwung der Weltwirtschaft“, ja sogar mit dem Entstehen einer „super-industriellen“, weltweit vernetzten Wirtschaft zu rechnen.⁶

Hinsichtlich neuer expansionsfähiger Märkte sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung. Zum einen ist anzumerken, daß im Vordergrund nicht nur Märkte stehen, die individuelle Bedürfnisse befriedigen, sondern in ganz entscheidendem Maße Märkte kollektiver Güter (Umwelt, Soziales, Rüstung). Zum anderen ist zu berücksichtigen, daß angesichts des bereits erreichten Niveaus an internationaler Verflechtung von Wirtschaft und Politik der weltweite Transfer neuer Technologien die Spirale der Internationalisierung weiterdrehen wird und man mit guten Gründen die Erweiterung bestehender und die Etablierung neuer Regional- oder Ländermärkte erwarten kann. Die Entwicklung der Peripheriemärkte liegt sowohl im Interesse der Entwicklungs- und Anschlußländer, die für ihre weitere sozio-ökonomische Entwicklung Binnenmärkte schaffen müssen, als auch im Interesse der Industrienationen, die für ihre neuen Technologien auf erweiterte Absatzmärkte angewiesen sind.

4 Vgl. The World Bank: Long Term Projections, Washington 1984.

5 Vgl. Werner Meißner, Karl Georg Zinn: Der neue Wohlstand, München 1984.

6 Vgl. Johan Galtung: Die globale Verteilung von Wachstum und Stagnation, in: Martin Jänicke (Hg.), Vor uns die goldenen neunziger Jahre?, München/Zürich 1983; Andre Piatier: Innovation, Information and long-term growth, in: Christopher Freeman (ed.), Long Waves in the World Economy, London 1983; Immanuel Wallerstein: Die Zukunft der Weltökonomie, in: Jochen Blaschke (Hg.), Perspektiven des Weltsystems, Frankfurt/New York 1983; Herman Kahn: Der kommende Boom, Bern/München 1983.

Es mehren sich die Anzeichen, daß der Staat eine Hauptrolle im Prozeß des Entstehens und der Verbreitung neuer Basisinnovationen und der sie begleitenden gesellschaftlichen Veränderungen spielen und die klassische Funktion des „schöpferischen Unternehmers“ weiter untergraben wird. Die Vorleistungen des Staates, vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung, seine flankierenden Maßnahmen, etwa durch eine Modernisierung der Infrastruktur, oder die Beseitigung von politischen Widerständen wie auch die finanzielle Unterstützung im Prozeß der Umsetzung von technologischen Innovationen in marktfähige Güter machen ihn zu einem unersetzbaren Akteur. Auch die wirtschaftspolitischen Eingriffe werden eine neue Qualität annehmen. So ist etwa die vieldiskutierte Informationsgesellschaft daran gebunden, daß der Staat riesige Investitionsmittel bereitstellt, um die technische Basis für ein integriertes, universelles Fernmelde-netz zu schaffen. Was die kollektiven Güter betrifft, seien sie ziviler oder militärischer Art, werden die Märkte erst durch öffentliche Nachfrage geschaffen. Indem der Staat den Unternehmen den Absatz ihrer Produktion garantiert, betreibt er zugleich eine Politik der Förderung und Auswahl von Technologien. Hinzu kommt, daß die Aufrechterhaltung und die Verbesserung eines funktionierenden Weltmarktes eine Domäne von Regierungen und Notenbanken ist.

Die von den neuen Technologien bewirkten Wandlungsprozesse sowohl im Produktions-, Sozial- und Politikgefüge jedes einzelnen Landes als auch in den internationalen Verhältnissen sind so gewaltig, daß es Gewinner und Verlierer (nach Nationen, Branchen, Sozialgruppen) geben wird und Wechsel in Rangordnungen stattfinden werden, die durchaus Destruktionspotential freisetzen können. Daran wird deutlich, daß die Sicherstellung einer erneuten langen Welle wie auch die Regulierung oder der Ausgleich von Nachteilen keineswegs eine bloß ökonomische, sondern primär eine politische Angelegenheit ist. Daraus folgt, daß nicht nur die Aufrechterhaltung des Interventionsstaates, sondern auch die Bewahrung des Sozialstaates unabdingbar sind, um die tendenziell gesellschaftspaltenden Spannungen zwischen Gewinnern und Verlierern durch eine sozial ausgewogene Beteiligung aller an Arbeit und Einkommen zu mildern. Das generelle Problem besteht darin, den mit den neuen Technologien einhergehenden gesamtgesellschaftlichen Reichtum in Wohlfahrt für alle zu verwandeln. Arbeitslosigkeit ist nicht etwa ein ökonomisches, sondern ein politisches Problem, für dessen Lösung durchsetzungsfähige Gewerkschaften eine unabdingbare Voraussetzung sind. Man sollte in diesem Zusammenhang bedenken, daß die konservative Politik, die die Rückstufung der Gewerkschaften in einen Ordnungsfaktor ohne Durchsetzungsmacht und die Ausgrenzung nicht bloß gewerkschaftlicher Organisationen, sondern auch großer Teile der Bevölkerung betreibt, sehr risikoreich ist. Die Chancen, eine konservative Politik durchsetzen zu können, sind zwar national äußerst unterschiedlich verteilt, aber vieles spricht dafür, daß Ausgrenzungsstrategien weder behebzig umfangreich noch behebzig lange betrieben und ideologisch übertüncht werden können. Entweder bringt konservative Politik ihre

eigene Opposition durch die Formierung politischer und sozialer Gegenkräfte hervor, oder sie riskiert langfristig, daß eine Nation zum Nachzügler im technologischen Wettrennen wird, das immer zugleich auch eine Konkurrenz um Gesellschaftsmodelle ist. Hinzu kommt, daß mit einer neuen langen Aufschwungwelle - selbst wenn sie durch zwischengelagerte Rezessionen unterbrochen wird - die Position der Gewerkschaften als traditionelle Pioniere von Wohlfahrts- und Sozialstaat sich wieder bessern wird und ihr dauerhafter Ausschluß von betrieblichen, ökonomischen und politischen Verhandlungsmärkten um so weniger wahrscheinlich sein wird, je mehr sie in der Lage sind, ein nach Inhalten und Sozialgruppen verbreitertes Spektrum von sozialen Interessen zu repräsentieren.

Chancen der Gewerkschaften

Die Frage, die sich stellt und die auch nur vorläufig beantwortet werden kann, ist, wie die Gewerkschaften die gegenwärtige Phase des Umbruchs überstehen. Unstrittig ist, daß ihr Organisationsbestand wie ihre Handlungsfähigkeit beeinträchtigt worden sind. Daraus aber mit der schlichten Methode der Verlängerung den historischen Niedergang der Gewerkschaften im weiteren Verlauf der dritten industriellen Revolution und ihren Abgang von der politischen Bühne zu prognostizieren, scheint voreilig, wenn nicht gar verfehlt zu sein. Meine Annahme ist, daß sie die Zeit bis zur Entfaltung einer neuen Welle langfristigen Aufschwungs nicht nur durchstehen, sondern sogar nutzen können, um als Interessenvertreter und als sozio-ökonomisch-politischer Kooperationspartner gegenüber Staat und Kapital auch zukünftig anerkannt zu bleiben. Die Gewerkschaften haben dann noch keineswegs ausgespielt, wenn sie (a) wie schon in früheren Zeiten von gesellschaftlichem Strukturbruch zu Lernprozessen und damit zur Erneuerung durch Wandel befähigt sind, (b) wenn sich die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen wieder verbessern und wenn sie (c) die mit dem technologischen Wandel einhergehenden sozialen Spannungen nutzen, ihre klassischen Aktionsfelder zu erhalten und neue hinzuzufügen.

Daß die gegenwärtigen Schwächetendenzen von Gewerkschaften sich nicht zwangsläufig verbreitern und verfestigen müssen, soll nachfolgend an einigen Aspekten verdeutlicht werden.

Die vielerorts zu beobachtenden Mitgliederverluste von Gewerkschaften sind primär eine Folge von Beschäftigungsrückgang im industriellen Sektor und der geringen Aufnahmefähigkeit der Arbeitsmärkte in anderen Bereichen der Wirtschaft. Es ist die Arbeitslosigkeit, nicht aber sind es Loyalitätsverluste in der Arbeitnehmerschaft, die Mitgliederbestand und Organisationsdichte sich rückläufig haben entwickeln lassen. Berücksichtigt man, daß die Durchindustrialisierung und Durchrationalisierung von Dienstleistungen und privater wie staatlicher Verwaltung auch in diesen Sektoren ein „proletarisches“ Arbeitsmilieu entstehen

lassen werden, so erkennt man, daß sich in diesen bislang gewerkschaftlich wenig organisierbaren Bereichen vielfältige Chancen auftun, neue Mitglieder zu gewinnen. Auch die Vertretung der Interessen von Arbeitslosen, unstetig Beschäftigten und Arbeitsuchenden, die auf hohe Zugangsbarrieren am Arbeitsmarkt treffen, sind Möglichkeiten, das gewerkschaftliche Repräsentationsmonopol auf unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen auszuweiten. Deshalb folgt auch aus dem Umstand, daß mit der zunehmenden Verbreitung neuer Technologien der produktivistische Kern der Wirtschaft sich verlagert und nicht mehr mit der im klassisch-industriellen Sektor tätigen gewerkschaftlichen Mitgliedschaft zusammenfällt, keineswegs die Verbannung der Gewerkschaften ins politische Abseits. Solche Aktionsräume ausfüllen zu können, setzt die Fähigkeit der Gewerkschaften voraus, in viel differenzierterer Weise als bislang die unterschiedlichen Sozialinteressen von Voll-, Teil- und Unbeschäftigten zu vertreten und der konservativen Verlockung zu widerstehen, sich auf die Rolle durchaus einfluß- und erfolgreicher Interessenwahrnehmung von Beschäftigten im neuen produktivistischen Kern zu beschränken. Die keineswegs niedrig einzuschätzende Attraktivität, die von konservativen Strategien auf Gewerkschaften ausstrahlt, sich mit den Gewinnern zu identifizieren und ihrerseits beizutragen zur Etablierung einer neuen Variante von „two nations“⁷ - nämlich die Aufteilung der Bevölkerung in ein leistungsfähiges Segment und in ein solches der selbstverschuldeten Randlage - wäre freilich das Ende einer sozialreformerischen Gewerkschaftsbewegung. Daß eine solche Entwicklung nicht zwingend und unabwendbar ist, ergibt sich nicht nur aus den objektiven Entwicklungstendenzen und dem Umstand, daß konservative Ausgrenzungspolitiken überaus anfällig sind, da sie Kosten und Nutzen von Strukturwandel höchst ungleich verteilen. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung hat sich die Erkenntnis verbreitert, daß eine standesähnliche Interessenvertretung den Verlust ihres in der Nachkriegsära erreichten Status bedeutete, anerkannte Repräsentanten all jener zu sein, die auf abhängige Arbeit angewiesen sind. Die Gewerkschaften können davon ausgehen, daß ihr traditioneller Kampf um Teilhabe am erwirtschafteten Reichtum, sei es die Anhebung der Einkommen, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Sicherung sozialstaatlicher Leistungen oder die Bewahrung erworbener kollektiver Schutzrechte, also ihr Kampf um eine sozial ausgewogene und im Prinzip nicht ausgrenzende Verteilung von Arbeit und Wohlfahrt, auch zukünftig auf breite Zustimmung treffen wird.

Der möglichen Zweiteilung von Gesellschaft in einen Sektor, der vom „neuen Reichtum“ begünstigt wird, und in einen anderen, auf dem „neue Armut“ herrscht, entgegenzusteuern, verlangt von den Gewerkschaften, die sich weiter differenzierende Interessenvielfalt nach Sozialgruppen und Gegenstandsbereichen mehr als bislang in den Vordergrund ihrer Bemühungen zu stellen. Unter

⁷ Vgl. Bob Jessop, Kevin Bonnett, Simon Bromley, Tom Ling: Authoritarian Populism, Two Nations and Thatcherism, in: New Left Review, September/October 1984.

diesem Gesichtspunkt betrachtet braucht man dem Umstand nicht nachzutrauern, daß die Gewerkschaften von ihrer früheren - in einzelnen Ländern weit vorangetriebenen - Politik der Egalisierung und Nivellierung abrücken mußten. Hier hat ein Lernprozeß eingesetzt, dem die Erkenntnis zugrunde liegt, daß soziale Gleichheit und Ausgewogenheit sich durchaus mit vielfältig differenzierten Formen von Bedürfnissen und Bedarfsdeckung vertragen.

Der Begriff Flexibilität, ein konservativer Kampfbegriff, um Kollektivrechte durch Deregulierung und Aushöhlung des Tarifwesens aufzulösen, hat für viele eine verlockende Attraktivität, da vermeintlich eine Befreiung von starren Arbeits- und Lebensregeln versprochen wird. Die Gewerkschaften tun gut daran, diesen Begriff aufzunehmen, umzudeuten und zu zeigen, daß individuelle Freiheit und Kollektivregelungen kein unversöhnliches Gegensatzpaar sind, sondern sich wechselseitig stützen und ergänzen. Die Kehrseite einer Politik der vielseitigen Interessenvertretung ist freilich, daß sich die nach wie vor wichtige Funktion der Gewerkschaften erschwert, Interessen zu bündeln und zu aggregieren. Was die Lösung dieses Problems anlangt, so setzt sie nicht nur eine gewerkschaftliche Konzeption für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung voraus, sondern umfaßt auch die Aufgabe, eine „neue Botschaft“ für die humane Gestaltung einer zunehmend von Technik beherrschten Welt zu finden.

Da sich ein ökonomischer und sozialer Funktionszuwachs für die Unternehmen abzeichnet, wird die Regelung von Kollektivbeziehungen auf der betrieblichen Ebene zunehmend gewichtiger werden. Hier sind die Gewerkschaften einer doppelten Gefahr ausgesetzt: einerseits können sie infolge von Tendenzen der Amerikanisierung (gewerkschaftsfreie Unternehmen) von betrieblichen Verhandlungsmärkten verdrängt werden; andererseits droht ihnen durch die von Unternehmensseite betriebene Politik der Vereinnahmung von Belegschaften und Interessenvertretern und durch deren Identifizierung mit den Unternehmenszielen die Gefahr, daß ein neuer betriebszentrierter Mikrokorporatismus entsteht, also eine moderne Art von „väterlicher Unternehmerherrschaft“, die verschiedene Spielarten hat (etwa Übernahme japanischer Sozialbeziehungen), deren gemeinsames Merkmal aber ist, neue Informations- und Beratungsgremien unterhalb der Verhandlungsebene zu schaffen. Die Gewerkschaften können solchen Tendenzen der Entfernung ihrer betrieblichen Basis vom gewerkschaftlichen Zentrum, deren Integration also ins gegnerische Lager, nur widerstehen, wenn sie über zentrale Strukturen verfügen, die es ihnen gestatten, korrigierend, orientierend und regulierend auf die betrieblichen Sozialbeziehungen einzuwirken. Mehr denn je werden zukünftig Organisationsbestand, Mobilisierungsfähigkeit und Verhandlungsmacht vom Gleichgewicht zwischen dezentralen und zentralen Organisationsprinzipien abhängen. Da es zwischen den Ebenen Unternehmen-Branche-Gesamtwirtschaft-Staat genügend untereinander vernetzte Konfliktarenen gibt und der Bedarf an steuernden Eingriffen und regulierendem Interes-

senausgleich groß ist, haben die deutschen Gewerkschaften auch aufgrund ihres historisch gewachsenen Selbstverständnisses und ihrer Organisationsstrukturen eine gute Chance, dem Erfordernis einer doppelten und miteinander verzahnten Interessenvertretung auf der Mikro- wie der Makroebene gerecht zu werden.

Vergleicht man etwa die jüngste Entwicklung in Großbritannien mit der in der Bundesrepublik, so ist es nicht auszuschließen, daß es zu einer Polarisierung zwischen einem britischen Machtmodell und einem kontinentalen Kooperationsmodell kommt. Solche auseinanderdriftenden Tendenzen hängen nicht bloß mit der im Vergleich zu den kontinental-europäischen Ländern weitaus ambitionierteren und rigoroser durchgesetzten britischen Variante konservativer Politik zusammen, sondern auch mit dem eben diskutierten Problem gleichgewichtiger gewerkschaftlicher Organisationsstrukturen. Daß in Großbritannien ein Gesellschaftsmodell, das auf Strategien der Ausgrenzung und des Minikorporatismus beruht, schon so weit vorangetrieben werden konnte, findet eine wichtige Voraussetzung in dem Übergewicht betrieblich zentrierter Gewerkschaftsstrukturen.⁸ Das Fehlen von Branchengewerkschaften und zentralisierten Kompetenzen hat mehr als in anderen Ländern zu einer scharfen inner- und zwischengewerkschaftlichen Konkurrenz, also zur Binnenverlagerung traditioneller Außenkonflikte, geführt und die Absicht der konservativen Regierung erleichtert, durch politische und gesetzgeberische Maßnahmen Gewerkschaften auszugrenzen, Belegschaften und betriebliche Interessenvertreter zu disziplinieren und zu integrieren. Demgegenüber scheint hierzulande das aus der Nachkriegszeit stammende Modell des kooperativen Interessenausgleichs zwar beschädigt, nicht aber nachhaltig beeinträchtigt zu sein, so daß die Gewerkschaften, wenn ihnen eine Erneuerung durch Wandel gelingt, auch zukünftig als anerkannte Interessenvertreter auf den betrieblichen, ökonomischen und politischen Verhandlungsmärkten eine zentrale Rolle spielen können.

Schlußbemerkung

Das Ziel dieses Beitrages war es, einige plausible Gegenargumente und Gegen Tendenzen zu benennen und zu zeigen, daß die neuen Technologien keineswegs mit einer langanhaltenden Depression und dem historischen Ende von Gewerkschaften und wohlfahrtsstaatlicher Demokratie einhergehen müssen.

Die den neuen Technologien innewohnenden Vorteile sind so gewaltig, daß es eine völlig falsche - und überdies eine wenig realistische - Strategie wäre, ihre Entwicklung und Verwendung zu hintertreiben. Dies heißt nicht, daß alles gemacht werden soll, was technisch möglich ist. Nur dann, wenn es gelingt, eine sinnvolle Auswahl zu treffen, können die neuen Technologien der „Schlüssel zu

⁸ Vgl. Otto Jacobi, Hans Kastendiek (Hg.): Staat und industrielle Beziehungen in Großbritannien, Frankfurt/New York 1985.

Utopia" werden. „Die Vision einer Welt, frei von Armut und weitgehend befreit von der Mühsal physischer Arbeit" wird zukünftig technisch machbar sein.⁹ Ob sie auch politisch machbar ist, bleibt ungewiß. Die Gesellschaft wird zerbrechlicher, verwundbarer und aggressiver werden. Dieses Potential an Vernichtung zu bändigen, setzt eine „kreative Partnerschaft" zwischen Staat, Gesellschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft voraus. Es kommt darauf an, national wie international einen „intelligenten Interventionismus" zum Nutzen aller in der Erkenntnis zu betreiben, daß Feindschaft und Unfähigkeit zum Interessenausgleich nur zum Schaden aller ausschlägt. Die Gewerkschaften haben eine gute Chance, einen bedeutsamen Beitrag dafür zu leisten, daß die Alternative, ob die kommenden Technologien zum Segen der Menschheit oder zu ihrem Verfall führen, nach ihrer guten Seite hin entschieden wird. Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland und ihren Gewerkschaften fällt hierbei die Aufgabe eines Pionieres zu. Manchem mag diese Perspektive zu begrenzt erscheinen. Aber unabhängig davon, ob es sich hierbei um eine unentschuld bare Selbstbeschränkung handelt oder ob in der Tat sozialistische Perspektiven jenseits aller machbaren Realität liegen, scheint mir eine solche, gleichsam „zweitbeste" Lösung ein Ziel zu sein, das den Einsatz lohnt.

⁹ Vgl. Alexander King: Einleitung: Eine neue industrielle Revolution oder bloß eine neue Technologie? in: Günter Friedrichs, Adam Schaff (Hg.), Auf Gedeih und Verderb - Mikroelektronik und Gesellschaft, Wien 1982.